

A3NEU 6. Wirtschaft, Finanzen, Digitalisierung, Verwaltung und Bürger*innenbeteiligung

Gremium: KMV

Beschlussdatum: 26.11.2022

Tagesordnungspunkt: 1.5. Kapitel 3 - Wirtschaft & Finanzen

Text

1 **Wirtschaft, Finanzen, Digitalisierung, Verwaltung und Bürger*innenbeteiligung**

2 **Wirtschaft**

3 Grüne Wirtschaftspolitik ist sozial und nachhaltig. Wir setzen nicht isoliert
4 auf die Maximierung von Wirtschaftswachstum, sondern auf das Gesamtwohl von
5 Mensch und Natur und auf Wohlstand für alle. Wir wollen Ökonomie und Ökologie in
6 Einklang bringen und orientieren uns auch in Lübeck an der Grünen Vision einer
7 sozialen, ökologischen und florierenden Wirtschaft, denn nur gesunde und
8 rentable Unternehmen können die Umstellung auf eine klimaneutrale
9 Wirtschaftsweise gestalten und finanzieren.

10
11 Lübecks Wirtschaft fördern und fordern

12 Lübecks Wirtschaft ist sehr breit aufgestellt und beinhaltet sowohl
13 herausragende Großunternehmen, Cluster in den Bereichen Ernährung, Logistik und
14 Gesundheit als auch eine Vielzahl kleiner und mittelständischer Firmen. Wir
15 wollen eine lokale Wirtschaft für unsere Stadt, die das Gleichgewicht von
16 sicheren Arbeitsplätzen, auskömmlicher Bezahlung, klimaschonendem Produzieren
17 und Transport ebenso in den Fokus nimmt, wie den Mitarbeiter*innen ein
18 ausgeglichenes Verhältnis von Arbeit und Leben zu ermöglichen.
19 Verantwortungsvolle Unternehmen, die sich an diesen Zielen zur Förderung des
20 Gemeinwohls orientieren, sollen besonders unterstützt werden.

21
22 Wir werden Lübecks Wirtschaft insbesondere bei den für sie drängenden Themen
23 Mitarbeiter*innen- und Fachkräftegewinnung, Infrastruktur und eine effiziente
24 Bereitstellung städtischer Dienstleistungen unterstützen. Der Standort Lübeck
25 bietet durch seine hervorragende Lebensqualität und Lage in der Nähe von Hamburg
26 und Ostsee sehr gute Ausgangsbedingungen im Wettbewerb um gute
27 Mitarbeiter*innen. Dies wollen wir fördern durch Anstrengungen für ein
28 lebenswertes Lübeck und den dafür notwendigen Wohnraum und Infrastruktur, aber

29 auch durch die Bereitstellung von öffentlichen Dienstleistungen, die besonders
30 darauf abzielen, die Lübecker Unternehmen bei Behördengängen und Bewältigung der
31 bürokratischen Anforderungen von neu angeworbenen Mitarbeiter*innen,
32 insbesondere bei Zuzug qualifizierter Mitarbeiter aus dem Ausland, zu
33 unterstützen.

34

35 Wir fordern von den Lübecker Unternehmen den notwendigen Beitrag zur Erreichung
36 der Lübecker Klimaziele und werden uns dafür einsetzen, hier ausreichend
37 Beratungsangebote zu schaffen, um diese Transformation zu erleichtern und zu
38 beschleunigen. Gerade bei steigenden Energiepreisen gibt es in Unternehmen
39 zunehmend emissions- und energieeinsparende Maßnahmen, die sich rechnen.

40

41 Hafen

42 Der Lübecker Hafen als einer der größten im Ostseeraum ist eine Stütze der
43 Lübecker Wirtschaft, der durch seine ökologischen Herausforderungen eine
44 wichtige Rolle spielt bei unseren Bemühungen, Ökologie und Ökonomie in Einklang
45 zu bringen.

46 Die Dekarbonisierung des Lübecker Hafens ist uns entsprechend ein wichtiges
47 Anliegen, deren erste Fortschritte wir beschleunigen möchten. Die Installation
48 der ersten Landstromanlagen ist ein erster wichtiger Schritt. Jetzt gilt es,
49 eine verbindliche Nutzung von Landstrom oder anderer, regenerativer
50 Energiequellen anzustreben, die einen emissionsfreien Aufenthalt im Lübecker
51 Hafen gewährleisten und die Emissionsbelastung für Travemünder*innen und Gäste
52 reduzieren. Zudem wollen wir frühzeitig in regenerative Schiffstreibstoffe und
53 entsprechende Pilotprojekte investieren. Eine Umstellung der Betriebsgeräte der
54 Hafenbetreiber auf eine regenerative Energieversorgung wird ebenfalls dazu
55 beitragen, das Ziel eines klimaneutralen Hafens zu erreichen. Der
56 Flächenverbrauch bei der Erweiterung des Skandikais soll auch durch eine
57 Steigerung der Flächenproduktivität, auch durch IT-Einsatz, minimiert werden.
58 Ebenso unterstützen wir Maßnahmen zur Verbesserung des Modal Split-Anteils der
59 Bahn.

60 Wir werden uns für die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der städtischen
61 Hafengesellschaft LHG einsetzen und unterstützen deren Anpassung ihres
62 Geschäftsmodells hin zu einem Universalhafenanbieter, um den Veränderungen der
63 Marktbedingungen Rechnung zu tragen.

64 Tourismus

65 Der Tourismus der Zukunft ist nachhaltig. Eine ökologisch wertvolle und
66 nachhaltig bewirtschaftete Ostsee mit einer geschützten Meeresumwelt und
67 ausgeprägter Biodiversität bildet die Grundlage jeglicher touristischen
68 Bewirtschaftung. Um diese Nachhaltigkeit zu erreichen, gibt es viele

69 Instrumente, etwa eine klimafreundlich gestaltete Mobilität mit gutem ÖPNV-
70 Angebot, regionale Wirtschaftskreisläufe und die Reduzierung von Plastikmüll.
71 Motorisierter Wassersport sollte auf E-Mobilität umgestellt werden, um so
72 Freizeitlärm zu reduzieren und sensible Ökosysteme besser zu erhalten.
73 Nachhaltiger Tourismus sollte durch Förder- und Zertifizierungsprogramme für
74 gastronomische Anbieter*innen unterstützt werden. Wir begrüßen das Programm
75 "unbeschwert unterwegs" eines umlagefinanzierten ÖPNVs für Übernachtungsgäste in
76 Travemünde und werden uns dafür einsetzen, dieses Programm auch auf
77 Übernachtungsgäste im Lübecker Stadtgebiet auszuweiten.

78 Das Seebad Travemünde ist in den vergangenen Jahren sehr schnell gewachsen und
79 hat die Gästebettenanzahl in dieser Zeit mehr als verdoppelt. Aus unserer Sicht
80 ist es jetzt wichtig, mit weiterem Wachstum innezuhalten und stattdessen den
81 Fokus darauf zu legen, die touristische Infrastruktur und Angebote dem Wachstum
82 der Bettenzahl anzupassen. Wir unterstützen daher den touristischen Kurs des
83 Tourismusentwicklungskonzeptes 2030 (TEK) und wünschen uns eine touristische
84 Entwicklung, die Qualität anstatt Quantität in den Mittelpunkt rückt.

85 Wir werden uns für eine konsequente Verkehrsberuhigung im Seebad Travemünde
86 einsetzen. Dazu gehört auch die Einführung einer Parkraumbewirtschaftung. Wir
87 wollen in den Spitzenzeiten ein Park&Ride-Angebot vor Toren Travemündes
88 ausprobieren, damit die Fahrzeuge gar nicht erst nach Travemünde hinein fahren.

89 In der gesamten Tourismusbranche fehlt es an Arbeitskräften. Ein großes Problem
90 dabei ist der knappe bezahlbare Wohnraum. Wir werden uns dafür einsetzen, dass
91 das ehemalige Priwallkrankenhaus zu Personalunterkünften umgebaut wird.

92 Einzelhandel

93 Der Einzelhandel hat für das Wirtschaftsökosystem in der Innenstadt eine
94 zentrale Ankerfunktion, häufig sind Einkaufsbesuche dort mit Besuchen von
95 Gastronomie, Kultur, Unterhaltung, Ärzten, Anwälten etc. verbunden. Wir
96 unterstützen daher eine Stadtentwicklung, die diese Ankerfunktion berücksichtigt
97 und zur Stärkung des Einzelhandels beiträgt. Wir lehnen den weiteren Ausbau der
98 Einkaufszentren auf der grünen Wiese ebenso ab wie andere Maßnahmen, die zu
99 Marktanteilsverschiebungen dorthin führen. Wir werden auch dafür sorgen, die
100 Einzelhandelsschwerpunkte in den Stadtteilen (z.B. Hanseplatz St. Lorenz Süd,
101 Kücknitz) zu erhalten und zu stärken. Für Schlutup setzen wir uns dafür ein,
102 einen neuen Betreiber für einen zentral gelegenen Verbrauchermarkt zu finden.
103

104 Start-ups und GreenTech

106 Lübeck eignet sich durch seine Universität und Hochschulen, durch seine
107 vorhandene Unternehmenslandschaft und seine Lebensqualität und Attraktivität
108 hervorragend als Standort für Start-ups und Ausgründungen neuer Unternehmen aus

109 den Hochschulen. Coherent und Nik Software sind beeindruckende Beispiele, was
110 durch die Arbeit des TZL hier möglich gemacht wurde. Diese Arbeit wollen wir
111 fördern und ausbauen. So werden wir uns dafür einsetzen, die Büroflächen des TZL
112 im Zuge der Überplanung des Universitätscampus erweitern zu können. Ein
113 zentrales Anliegen von neu gegründeten Start-ups ist die Anschlussfinanzierung.
114 Hierfür wollen wir die Etablierung eines Fonds für Startup-(Fremd-)Kapital in
115 Lübeck prüfen, idealerweise durch Kooperation mit Lübecker Firmen und
116 Finanzinstituten der Hansestadt.
117

118 Zentral für die Ansiedlung von Unternehmensgründer*innen und Start-ups in Lübeck
119 ist die Möglichkeit, qualifiziertes Personal zu finden. Häufig durch
120 Einwanderung. Hier kann die Hansestadt wertvolle Unterstützung leisten durch
121 Hilfestellungen für die speziellen Bedürfnisse von Start-ups bei der Bewältigung
122 der bürokratischen Anforderungen der Einwanderung und des Ankommens in Lübeck,
123 wie etwa bei der Suche nach Wohnraum in den ersten Monaten.
124

125 Städtische Gesellschaften

126 Die städtischen Gesellschaften haben eine Gemeinwohlverpflichtung, die stärker
127 in den Vordergrund rücken sollte. Primäres Ziel darf nicht die höchste
128 Gewinnausschüttung, sondern sollte das gemeinschaftliche Wohl der Hansestadt
129 Lübeck und deren Bewohner*innen sein.

130 Wir werden uns dafür einsetzen, dass die städtischen Gesellschaften die Lübecker
131 Klimaziele erfüllen, den Anteil von Frauen in Führungspositionen deutlich
132 steigern und diverser werden, indem sie den Anteil von Mitarbeiter*innen und
133 Führungskräften mit Migrationshintergrund erhöhen. Dafür werden wir die
134 städtischen Unternehmen im Lübecker Public Corporate Governance Kodex (PCGK)
135 darauf verpflichten, individuelle Jahresziele für diese drei Unternehmensziele
136 anzugeben, Maßnahmen zu erarbeiten, um diese Ziele zu erreichen und jährlich
137 über die Auswirkungen ihrer Maßnahmen zu berichten.

138 Gewerbeflächen und Unternehmensansiedlungen

139 Wir sehen die Notwendigkeit, für die Wachstumsbedürfnisse der Lübecker
140 Unternehmen und die Ansiedlung neuer Unternehmen zusätzliche Gewerbeflächen zur
141 Verfügung zu stellen. Gleichzeitig ist es unser Ziel, den Flächenverbrauch für
142 neue Gewerbeflächen zu reduzieren. Wir fordern daher eine Umkehr in der
143 bisherigen Gewerbeflächenpolitik und wollen bei der Ansiedlung von Unternehmen
144 von Quantität zu Qualität umschwenken. Die Vergabe unserer knappen
145 Gewerbeflächen soll dabei auf Basis objektiv nachvollziehbarer Kriterien an
146 ausgewählte Unternehmen erfolgen, die ganzheitlich einen möglichst hohen Beitrag
147 zur ökonomischen, ökologischen und gesellschaftlichen Entwicklung Lübecks
148 leisten. Zudem wollen wir neue Gewerbeflächen vor allem durch Innenentwicklung,
149 Nachverdichtung und die Reaktivierung von Brach- und ehemaligen Industrieflächen
150

151 schaffen und so die Versiegelung neuer Flächen im Außenbereich auf ein Minimum
152 reduzieren. Die per Grundlagenbeschluss für den neuen Flächennutzungsplan
153 beschlossenen Gewerbegebäuden von ca. 320 ha im Außenbereich halten wir vor
154 diesem Hintergrund für exzessiv und werden uns für signifikante Korrekturen
155 einsetzen.

156
157 Bei der Entwicklung neuer Gewerbegebiete ist uns wichtig, die Bürger*innen
frühzeitig und umfangreich zu beteiligen.

158 **Finanzen**

159 Lübecks finanzielle Lage hat sich in den vergangenen Jahren durch harte
160 Sparanstrengungen, die Teilnahme am Konsolidierungsprogramm des Landes und den
161 damit verbundenen Zuschüssen und eine erfreuliche konjunkturelle Entwicklung
162 kontinuierlich verbessert. In den vergangenen sieben Jahren wurden so jeweils
163 deutliche Haushaltsüberschüsse erzielt und der Schuldenstand hat inzwischen ein
164 akzeptables Niveau erreicht. Wir setzen uns für eine nachhaltige Finanzpolitik
165 ein und fordern eine weitere Reduzierung dieses Schuldenstandes, auch um gegen
166 steigende Zinsen immun zu werden. Das Tempo der weiteren Nettoschuldenentlastung
167 sollte jedoch abgewogen werden mit den substantiellen finanziellen
168 Herausforderungen, denen Lübeck sich gegenüber sieht. Die sich aus geringeren
169 Überschüssen und einer reduzierten Tilgung ergebenden finanziellen Spielräume
170 wollen wir entsprechend dieses Programmes vor allem für notwendige Investitionen
171 in unterfinanzierte Bereiche wie Klimaschutz, Bildung, Mobilität,
172 Kinderbetreuung und ein leistungsfähiges Gemeinwesen verwenden.

173 **Steuern**

174 Auch durch Verbesserungen auf der Einnahmenseite des Haushaltes wollen wir
175 zusätzliche finanzielle Spielräume für die notwendigen Investitionen generieren.
176 So fordern wir zu einem geeigneten konjunkturellen Zeitpunkt die Einführung
177 einer Bettensteuer, die von Übernachtungsgästen im Lübecker Stadtgebiet zu
178 zahlen ist, und die in sehr vielen deutschen Städten inzwischen zum Standard
179 geworden ist. Die Bettensteuer dient insbesondere dazu, auch Touristen an der
180 Finanzierung der von ihnen genutzten Kulturangebote, Infrastruktur und
181 städtischen Dienstleistungen zu beteiligen.

182 Sobald die rechtliche Klärung es ermöglicht, werden wir uns für eine
183 Verpackungssteuer nach Tübinger Vorbild einsetzen. Hierbei wird die Verwendung
184 von Einwegverpackungen in der (System-)Gastronomie besteuert, um einerseits
185 lenkend das Müllaufkommen zu reduzieren und andererseits, um nach dem
186 Verursacher*innenprinzip die Müllverursacher*innen an den Kosten der
187 Müllbeseitigung zu beteiligen, die bisher die Entsorgungsbetriebe und damit alle
188 Lübecker*innen über ihre Müllgebühren tragen.

189

190 Im Rahmen der bundesweiten Neuregelung der Grundsteuer (voraussichtlich ab 2025)
191 werden wir uns dafür einsetzen, dass wir den kommunalen Hebesatz so anpassen,
192 dass das Steueraufkommen in Lübeck konstant bleibt. Dadurch ist sichergestellt,
193 dass sich im Zuge der Reform die Eigentümer*innen mit geringerer Grundsteuer und
194 solche mit Steuererhöhungen in Lübeck wertmäßig exakt die Waage halten. Eine
195 Erhöhung des Aufkommens lehnen wir ab, da die Grundsteuer in der Regel an die
196 Mieter*innen weitergegeben wird, so dass eine Erhöhung ganz direkt Wohnen in
197 Lübeck für Eigentümer*innen und Mieter*innen verteuern würde.

198 **Öffentliche Verwaltung und Digitalisierung**

199 **Personal**

200 Nach Jahren des harten Sparkurses wurde das Personal der Verwaltung in den
201 letzten Jahren wieder deutlich aufgestockt. Wir unterstützen diesen Kurs und
202 werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, die für eine moderne und
203 leistungsfähige Verwaltung notwendige Personalausstattung aufzubauen und
204 vorzuhalten.

205 Wir werden uns dafür einsetzen, den Anteil von Frauen an Führungspositionen zu
206 erhöhen und die Diversität der Lübecker Verwaltung durch einen höheren Anteil an
207 Migrant*innen unter Mitarbeiter*innen und Führungskräften zu steigern.

208 Während der Corona-Pandemie zwangswise eingeführt, wird Home-Office seitdem
209 vielfach zumindest in Teilen der Arbeitszeit genutzt, weil sich dadurch Beruf
210 und Privatleben besser verbinden lassen. In vielen Unternehmen und auch in
211 Verwaltungen wird zudem zunehmend Desk-Sharing praktiziert, um Platz und Kosten
212 zu sparen, aber auch um einen besseren Austausch der Mitarbeiter*innen durch
213 wechselnde Sitzplätze zu fördern. Wir werden uns dafür einsetzen, dass auch in
214 der Lübecker Verwaltung diese modernen Arbeitsformen den Mitarbeiter*innen in
215 Kombination angeboten werden, wo dies organisatorisch und rechtlich möglich ist.

216 **Verwaltungsgebäude**

217 Für die Akquisition und dauerhafte Bindung guter Mitarbeiter*innen ist ein gutes
218 räumliches Arbeitsumfeld zentral, aber leider in weiten Teilen der Lübecker
219 Verwaltung nicht gegeben. Wir fordern daher fortlaufende Investitionen in die
220 Modernisierung der Lübecker Verwaltungsstandorte und -immobilien. Wir bevorzugen
221 die Sanierung und den Ausbau bestehender Standorte, wie etwa in der Dr.-Julius-
222 Leber-Straße, gegenüber einem Verwaltungsneubau außerhalb der Innenstadt.

223 **Beschaffung**

224 In der städtischen Beschaffung von Gütern und Dienstleistungen werden wir uns
225 für anspruchsvolle ökologische und soziale Standards sowie Standards des fairen
226 Handels über die gesamte Lieferkette hinweg einsetzen, die auch den Transport

233 beinhalten. Lübeck als "Fairtrade Stadt" muss bei der Beschaffung mit gutem
234 Beispiel voran gehen und Produkte nutzen, die ohne Kinderarbeit,
235 umweltschädliche Produktion und Abfälle erzeugt werden. Diese
236 Beschaffungskriterien wollen wir verschärfen und verpflichtend machen. Eine
237 Vergabe ausschließlich an tariffreue Anbieter ist für uns selbstverständlich.
238

239
240
241
242
243
244

245 Digitalisierung und Smart City

246 Die digitalen Dienste der kommunalen Verwaltung stellen oft den ersten
247 Kontaktpunkt der Bürger*innen mit dem digitalen Staat dar. Wir begrüßen daher
248 die Anstrengungen der Verwaltung, ihre Abläufe zunehmend digital zu organisieren
249 sowie zu modernisieren und freuen uns über die Möglichkeiten, die die Smart City
250 Plattform den Lübecker Bürger*innen und Unternehmen zunehmend bietet. Wir
251 fordern hier zukünftig insbesondere eine Beschleunigung der Digitalisierung von
252 Verwaltungsvorgängen und Amtsgeschäften, die auch den Bürger*innen einen Nutzen
253 bieten, etwa durch vermehrte Möglichkeiten, Behördengänge bequem online
254 erledigen zu können. Um die Digitalisierung vollumfassend in der Verwaltung zu
255 integrieren, fordern wir, dass Lübeck eine E-Government-Strategie erarbeitet,
256 die die Prozesse der Mitarbeiter*innen, den Nutzen für die Bürger*innen in den
257 Vordergrund stellt und Zuständigkeiten klarer darstellt. Hierbei soll aus der
258 Erfahrung von anderen Kommunen gelernt und Prozesse sowie Strategien übernommen
259 werden. Hierzu gehören unter anderem die verpflichtende Einführung von
260 elektronischen Akten, die Weiterbearbeitung von Anträgen auf digitalem Weg sowie
261 die Einführung eines zentralen Bürger*innenpostfaches. Eine vorbildhafte
262 Einhaltung des Datenschutzes ist für uns dabei selbstverständlich.

263 Wir fordern, dass Lübeck sich an den Open-Source- und Open Data-Strategien des
264 Landes orientiert und sich dem erfolgreich eingeschlagenen Weg anschließt.
265 Öffentliche Daten, die Lübeck sammelt, sollen Bürger*innen kostenfrei über die
266 Open Data- Plattform des Landes bereitgestellt werden.
267

268

269 **Bürger*innenbeteiligung**

270 Die etablierten Werkzeuge der Beteiligung an kommunalen Entscheidungsprozessen
271 erreichen längst nicht alle Menschen. Ein signifikanter Anteil der Bevölkerung
272 partizipiert nicht an unserem Gemeinwesen. Wir setzen uns daher für eine
273 Bürger*innenbeteiligung ein, die alle Menschen mitnimmt. Hierfür müssen wir neue
274 Wege beschreiten.
275

276

277 Bürger*innenräte

278 Ein wichtiges Instrument zur Verbesserung der politischen Partizipation können
279 Bürger*innenräte sein, deren Zusammensetzung zufällig ermittelt wird. Dadurch
280 wird eine soziale Durchmischung und eine Teilnahme von Menschen erreicht, die
281 ansonsten nicht teilnehmen würden. Bürger*innenräte haben eine beratende
282 Funktion und werden für spezifische Fragestellungen einberufen. Wir werden
283 Bürger*innenräte zu geeigneten Themen beantragen.

284 Stadtteil- und Jugendbudgets

285 Wir werden uns für Pilotprojekte zum Ausprobieren von Stadtteilbudgets
286 einsetzen. Dabei werden Entscheidungen über die Verteilung eines extra Budgets
287 für Maßnahmen im jeweiligen Stadtteil durch Anwohner*innen vor Ort getroffen.
288 Analog dazu wollen wir auch ein Jugendbudget ausprobieren, bei dem
289 Vertreter*innen von Jugendorganisationen über Maßnahmen für Jugendliche
290 entscheiden.

291 Transparenz der Kommunalpolitik

292 Teilhabe und Transparenz in der Kommunalpolitik wollen wir dadurch verbessern,
293 dass Sitzungen der Bürgerschaft aufgezeichnet und im Internet öffentlich
294 einsehbar gemacht werden. Zudem wollen wir die digitale Teilnahme an
295 Gremiensitzungen ermöglichen, wenn es hierfür wichtige Gründe gibt.

296